

Gerechte Verteilung ist eine Überlebensfrage

Attac und medico fordern in der Kampagne *Umfairteilen* Reichtum weltweit zu besteuern und die Einnahmen global gerecht zu verteilen.

Ursachen für ungleiche Verteilung

Die Unterschiede bei Vermögen, sozialen Chancen und der Qualität der Gesundheitsversorgung zwischen den Ländern sind heute so groß wie noch nie in der jüngeren Geschichte. Armut, Hunger und Krankheiten bestimmen für Milliarden Menschen vor allem im Süden noch immer den Alltag. Dabei verfügen viele Länder des Südens über einen immensen Reichtum, jedoch ohne dass die breite Bevölkerungsmehrheit davon profitieren würde.

Die Ursachen für die ungleiche Verteilung liegen auch in einem globalen Kapitalismus, der die privaten Vermögen der Reichen beständig auf Kosten der Armen vermehrt. Die Regeln des weltweiten Handels wurden zunehmend liberalisiert und ermöglichen transnationalen Unternehmen enorme Gewinne, ohne auf die Rechte der einheimischen Arbeiter_innen und der Umwelt Rücksicht nehmen zu müssen. Konkurrenz um die billigsten Produktionsstandorte und Rohstoffe führt zu einem Wettbewerb, in dem es Millionen Verlierer_innen und wenige Gewinner_innen gibt.

Dabei gelingt es Unternehmen und Reichen viel zu oft, sich einer gerechten Besteuerung zu entziehen. Auf Milliardengewinne sind mit entsprechender „Steuroptimierung“ kaum Abgaben fällig – die Regeln wurden für die gemacht, denen sie nützen. Marode Steuersysteme und Schlupflöcher durch „Offshore“-Steuerparadiese erleichtern es, hohe Einnahmen zu erzielen und riesige Vermögen zu besitzen, ohne gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

So entgehen Staaten Gelder, die nötig sind, um eine funktionierende Infrastruktur aufrecht zu erhalten. In der Folge führt der Verlust sicherer Einnahmen zu Verschuldung. Schließlich aber müssen die Kredite verzinst zurückgezahlt werden und die Staaten geraten in immer stärkere Abhängigkeit. Die vermögenden Finanzgeber erhalten dadurch die Macht, mit Auflagen die Politik der betroffenen Länder zu bestimmen. Ein Teufelskreis, der die ungleiche Verteilung immer weiter vergrößert.

Der Beitrag Europas zur Umverteilung

1. Maßnahmen gegen Steuerflucht

Schätzungen gehen davon aus, dass weltweit mindestens 21 Billionen US\$ – fast ein Drittel des globalen Bruttosozialprodukts – in Steuerparadiesen versteckt und dort von Besteuerung und Abgaben nicht betroffen sind. Ineinander verschachtelte Trusts und Holdings in traditionellen Schwarzgeld-Paradiesen machen eine Nachverfolgung schwer – vor allem, weil geeignete internationale Transparenz-Regelungen fehlen¹. Das Schwarzgeld landet schließlich meist in europäischen „Zielländern“, wo Privatbanken diskret und anonym Vermögen verwalten und als Dienstleister „Steuroptimierung“ anbieten². Deutschland belegt im Schatten-Finanz-Index von 2011 einen unrühmlichen neunten Platz³, da von hiesigen Banken im weltweiten Vergleich auffallend hohe Summen verwaltet werden⁴.

Weltweit haben es Regierungen versäumt, eine Reihe von Regelungen durchzusetzen, mit denen verhindert werden kann, dass Kapital und Gewinne der Besteuerung entzogen werden. Dadurch gehen Staaten notwendige Einnahmen für Sozialausgaben verloren; den Preis für den gewaltigen Reichtum Weniger zahlen Milliarden Arme.

¹ www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/downloads/etudedefalk.pdf

² www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Price_of_Offshore_Revisited_26072012.pdf

³ www.secrecyjurisdictions.com/sj_database/Germany.xml

⁴ www.financialskecrecyindex.com/

Konkrete Maßnahmen, um die globale Steuerflucht zu stoppen und damit den Staatshaushalten in den Ländern des Südens die Allokation nötiger Mittel zu ermöglichen, sind in allen EU-Staaten durchsetzbar:

- i. **Internationale Zusammenarbeit:** Unterzeichnung der UN-Konventionen und Doppelbesteuerungsabkommen, um die internationale Zusammenarbeit von Steuerbehörden zu verbessern.
- ii. **Transparenz:** Einrichtung eines öffentlich einsehbaren Trust-, Treuhand- und Stiftungsregisters, Einschränkung des Bankgeheimnisses, strengere Regelungen für Anti-Geldwäsche-Meldestellen sowie Abschaffung der intransparenten Abgeltungssteuer.
- iii. **Strafverfolgung:** Geeignete Regelungen für Strafverfolgung von Steuerflucht, wie Lizenzentzug für Banken und Abschaffung von Verjährungsfristen sowie Einführung eines Unternehmensstrafrechts.
- iv. **Politischer Druck:** Entwicklung einer strengeren EU-Definition von Steueroasen, sodass die nicht kooperativen Staaten durch Sanktionen unter Druck gesetzt werden können.^{5,6,7}

2. Finanzmarktgewinne besteuern

Im boomenden Sektor der Finanzmarktprodukte sind derzeit höhere Gewinne zu erzielen als irgendwo sonst. Kapital kann sich nicht selbst vermehren. Diese Profite müssen von der Mehrheit der Bevölkerung erarbeitet werden, denen dadurch häufig die Grundlagen für eine würdige Existenz entzogen wird. Durch diese immense Umverteilung von unten nach oben ist es möglich, dass sich die Einkommen der Reichsten heute vervielfacht haben. Währenddessen haben noch immer Milliarden Menschen keinen Zugang zum Grundrecht auf Gesundheit. Durch eine Steuer auf jede einzelne Finanztransaktion können zumindest einige Formen der Spekulation wie zum Beispiel der „Hochfrequenzhandel“, bei dem Computer im Sekundentakt Wertpapiere kaufen und verkaufen, zurückgedrängt werden. Die Mehreinnahmen aus dieser Steuer könnten einen globalen Umverteilungsprozess mitfinanzieren. Diese Steuer steht kurz vor der Umsetzung allerdings dauern die Auseinandersetzungen um ihre Ausgestaltung weiter an. Nachdem die globalisierungskritische Bewegung über ein Jahrzehnt für diese Steuer stritt, steht sie jetzt in elf europäischen Ländern kurz vor der Einführung. Dennoch ist noch offen, ob sie mit oder ohne Hintertüren gestaltet sein und wie hoch der niedrige Steuersatz ausfallen wird oder wie die eingenommenen Gelder wirklich verwendet werden sollen.

3. Europaweit koordinierte Vermögensabgabe

Um den weltweiten Reichtum gerecht umzuverteilen, müssen auch bereits in der Vergangenheit angehäufte Vermögen verfügbar gemacht werden. Eine einmalige Abgabe auf das Geld- und Sachvermögen von Reichen stellt eine hohe Summe für Solidarausgaben zur Verfügung, ohne dass Besitzer kleiner Ersparnisse oder Betriebe darunter zu leiden hätten. Mit diesen Einnahmen könnte etwa ein globaler Gesundheitsfonds mitfinanziert werden, über den der weltweite Zugang aller Menschen zum Recht auf Gesundheit verbessert werden kann⁸.

4. Vermögens- und Einkommenssteuern erhöhen

Seit 1997 wird in Deutschland keine Steuer mehr auf Vermögen erhoben. Das Verfassungsgericht hatte kritisiert, dass angemessene Regelungen zur Gleichbehandlung von Immobilien- und Geld-Vermögen fehlten. Tatsächlich wurde damit das einzige Werkzeug abgeschafft, über das bestehender Reichtum dem öffentlichen

⁵ www.fatfs-gafi.org/media/fatf/documents/reports/mer/MER%20Germany%20full.pdf

⁶ www.secrecyjurisdictions.com/PDF/Germany.pdf

⁷ blog.campact.de/wp-content/uploads/2012/11/Massnahmenkatalog_Steuerflucht.pdf

⁸ www.medico.de/en/media/workshop-reader-global-social-protection-scheme.pdf

Interesse zugänglich gemacht werden kann⁹. Keine Bundesregierung hat sich seitdem ernsthaft um die nötigen Klärungen und ihre Wiedereinführung gekümmert. Insgesamt hat sich der große Anteil vermögensbezogener Steuern (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer) zu Gunsten konsumbezogener Steuern verschoben, die von allen getragen werden müssen. So werden Reiche entlastet und tragen nicht entsprechend ihrer Möglichkeiten zur Finanzierung der staatlichen Sozialausgaben bei. Die Wiedereinführung einer Steuer auf Vermögen ist daher notwendig, um kontinuierlich den vorhandenen Reichtum umzuverteilen. Auch durch Erbschaften und Schenkungen wird Reichtum von Generation zu Generation weitergegeben. Die Erbschaftsteuer ist aber zu einem stumpfen Schwert geworden: Umfangreiche Ausnahmeregelungen ermöglichen vor allem Unternehmen Milliardenwerte steuerfrei zu übertragen.¹⁰

5. Unternehmensgewinne höher besteuern

Die Gewinne aus dem Abbau von Rohstoffen gehen meist an multinationale Konzerne und an eine kleine Zahl extrem wohlhabender Privatpersonen. Im kleinen westafrikanische Land Sierra Leone trägt die lokale Bevölkerung die Risiken und Nachteile des Diamantenabbaus. Wegen der Sprengungen müssen viele ihre Häuser verlassen und werden zwangsumgesiedelt. Wer in den Minen arbeitet, kann mit dem geringen Lohn von durchschnittlich unter zwei US\$ pro Tag kaum seine Familie ernähren. Über 70% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze und haben keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, weshalb die Kindersterblichkeit in Sierra Leone weltweit die höchste ist¹¹. Die Schürfrechte besitzt der südafrikanisch-israelische Abbaukonzern OCTEA Diamond Group. Dieser trägt trotz seiner gewaltigen Gewinne beim Verkauf der Diamanten auf dem Weltmarkt fast nichts zu einer gerechten Verteilung der Einnahmen bei. Gerade einmal 3% Ausfuhrsteuern muss er auf die abgebauten Diamanten bezahlen, deren Preis häufig auch noch unterbewertet wird, um Kosten zu sparen.

Durch überbewerteten Lizenzverkauf innerhalb des multinationalen Konzerns werden die Gewinne in Steueroasen verschoben – eine gängige Praxis der „Steuroptimierung“. Insgesamt bleibt dem Fiskus so im Schnitt nicht einmal 6% Abgaben auf den Ausverkauf seiner natürlichen Ressourcen¹². Derart unterfinanziert kann der sierra-leonische Staat nicht einmal die grundlegenden Bedürfnisse und Rechte seiner Bürger/-innen sicherstellen. Über komplizierte Konstruktionen aus Trusts und Holdings, die ihre Hauptsitze in für ihre niedrigen Steuern berüchtigten Inselstaaten haben, landen die Erträge häufig auf Konten in Europa und den USA. Ihre Besitzer zahlen dafür kaum Steuern.

Durch diese weit verbreiteten Praktiken der Kapitalflucht gehen den Haushalten der Länder des Südens gewaltige Summen verloren – Geld, das für Sozialausgaben, z.B. im Gesundheitssektor, dringend benötigt würde. Schätzungen zufolge flossen zwischen 1970 und 2008 mindestens 685 Milliarden US\$ illegal aus afrikanischen Ländern auf Konten im globalen Norden¹³. Diese Summe ist eineinhalb Mal so hoch wie die gesamten Auslandsschulden dieser Länder.

Transnationale Unternehmen zahlen in vielen Fällen kaum Steuern. Durch die undurchsichtige Verschachtelung von Firmen werden häufig Gebühren für firmeninterne Lizenzvergaben so festgesetzt, dass in Staaten mit hoher Steuerquote Verluste anfallen und die Gewinne in Staaten mit extrem niedriger oder keiner Unternehmenssteuer verschoben werden. Für Finanzbehörden ist dies kaum nachprüfbar. Zum Beispiel zahlte der Konzern Apple mit einem Gewinn von 25 Milliarden US\$ im Jahr 2012 gerade einmal 1,9% Steuern in

⁹ www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.405701.de/12-28-1.pdf

¹⁰ www2.weed-online.org/uploads/globalisierung_und_steurgerechtigkeit_konferenzdoku_april_2005.pdf:

¹¹ www.unicef.de/presse/2012/bericht-kindersterblichkeit/

¹² www.endtaxhavensecrecy.org/wp-content/uploads/Sierra_Leone_report.pdf

¹³ www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/tuiyc_africa_final.pdf: 11

Deutschland, weil er hohe Verluste bei deutschen Tochtergesellschaften meldete¹⁴. Es sind also konkrete Schritte nötig, um zu verhindern, dass sich Unternehmen durch professionelles Steuermanagement der sozialen Verantwortung entziehen.

Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, dass wegen der internationalen Konkurrenz um die attraktivsten Wirtschaftsstandorte ein Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern entbrannt ist. Daher muss die Erhöhung der Unternehmenssteuern mit weiteren Maßnahmen einhergehen:

- i. Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Staaten müssen so erweitert werden, dass gezahlte Auslandssteuern nur anteilig angerechnet und der Restbetrag nach nationalem Steuersystem nachgefordert werden kann.
- ii. Durch die Einführung eines Unternehmensstrafrechts könnten absichtlich falsche Preisfestsetzungen für Lizenzgebühren besser geahndet werden. Dazu ist umfangreicher internationaler Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden nötig, um die Preisfestsetzung zu kontrollieren¹⁵.

Umverteilung in den Ländern des Südens

1. Handelsliberalisierung erhöht Abhängigkeiten

In vielen Ländern regt sich Widerstand gegen die ungerechte Verteilung von Reichtum. Bewegungen im Süden kämpfen für ihre Rechte und eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit. „Unsere Diamanten, unser Geld“ lautet zum Beispiel ein Slogan einer Kampagne bei Sozialprotesten im rohstoffreichen Simbabwe, die sich für faire Löhne im Minensektor, den Zugang zu Gesundheit und gegen die Bereicherung der politischen Eliten einsetzt. Es geht um die Erfüllung der sozialen Bedingungen von Gesundheit: Einkommen bzw. der Zugang zu Land, angemessene Ernährung und menschenwürdige Wohnverhältnisse.

Dazu nötige Solidarleistungen und soziale Infrastruktur können jedoch nur finanziert werden, wenn die staatlichen Einnahmen erhöht werden. Dazu sind sichere Staatseinnahmen durch Steuern unerlässlich. Der Protest gegen die von der EU erzwungene Handelsliberalisierung und den Abbau der Exportsteuer in den Ländern des Südens ist daher Ausdruck konkreter Solidarität.¹⁶ Die derzeitige EU-Politik erhöht die Abhängigkeit der arm gehaltenen Länder und manifestiert die bestehenden Machtverhältnisse.¹⁷

Ressourcengerechtigkeit setzt voraus, dass die Erträge aus Rohstoffen gerecht aufgeteilt werden und den Beteiligten, allen voran den Arbeiter_innen, zu Gute kommen. Durch eine Erhöhung der Exportsteuern auf Ressourcen könnten so sozialstaatliche Leistungen finanziert werden. Außerdem würde eine Steuererhöhung auf unverarbeitete Produkte eine Erhöhung des Anteils bereits verarbeiteter Produkte am Export nach sich ziehen. So bliebe ein größerer Teil der Wertschöpfung im Land – profitieren würden die Menschen vor Ort.¹⁸

Die Liberalisierung von Handelsbeziehungen verschärft die globale Ungleichheit in einem weiteren Sektor, der Textilbranche. In Pakistan kämpft die National Trade Union Federation (NTUF) für die Rechte der Opfer eines verheerenden Brandes in einer Textilfabrik. In dem Gebäude, in dem die Arbeiter/-innen für weniger als zwei Euro am Tag für den Kleidungsdiscounter KiK Jeans produzierten, waren keinerlei Brandschutzauflagen erfüllt. Das Fehlen jeglicher arbeitsrechtlicher und sozialer Standards ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung, für die auch die deutschen Auftraggeber verantwortlich sind¹⁹. Daher setzt medico die Firma KiK in Deutschland unter Druck, damit die Hinterbliebenen wenigstens in Form einer Entschädigungszahlung zu

¹⁴ www.handelsblatt.com/politik/international/amazon-apple-und-co-rezepte-gegen-die-steuertricks-der-multis-seite-all/7791172-all.html

¹⁵ blog.campact.de/wp-content/uploads/2012/11/Massnahmenkatalog_Steuerflucht.pdf

¹⁶ www.attac-netzwerk.de/ag-welthandelwto/rohstoffraub/

¹⁷ www.issa-bonn.org/publikationen/5-10wellmer.htm

¹⁸ www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/tuiyc_africa_final.pdf

¹⁹ www.medico.de/material/rundschreiben/2012/04/die-neuen-sklaen-des-weltmarktes/

ihrem Recht kommen. Möglich wurde das Unglück aber erst dadurch, dass es keine verbindlichen Auflagen und Kontrollen zur Wahrung der Arbeitsrechte gibt. Weder in Pakistan noch in Deutschland musste KiK fürchten, für ihre ausbeutenden Produktionsbedingungen zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Löhne der Arbeiter/-innen in Pakistan werden Tag für Tag von unten nach oben verteilt; Händler und Verbraucher/-innen bereichern sich durch die Dumpinglöhne. Um den Ausverkauf ihrer Arbeitskraft und ihrer Rechte zu beenden, ist daher der gemeinsame Kampf für faire Handels- und Produktionsbedingungen notwendig – denn wer von Umverteilen spricht, kann von gerechten Handelsbedingungen nicht schweigen.

2. Verantwortung durch Steuereinnahmen

Um Steuerbehörden in Ländern mit schwachen staatlichen Institutionen überhaupt in die Lage zu versetzen durch Besteuerung und Abgaben Reichtum gerecht umzuverteilen, ist häufig ein Ausbau der Verwaltungskapazitäten nötig.²⁰ Durch eine solidarische Zusammenarbeit und Förderung sollten Staaten im globalen Norden dazu beitragen, dass den nationalen Steuerbehörden in Ländern des Südens die nötigen Ressourcen und Expertise zur Verfügung stehen. Ohne Bevormundung kann ein solcher Wissenstransfer die Grundlage dafür schaffen, dass global durch Umverteilung eine gerechtere Verteilung erreicht werden kann. In Südafrika etwa setzen sich Aktivist/-innen des Alternative Information Development Centers (AIDC) für eine Erhöhung der Steuerquote auf 25% des Bruttosozialprodukts ein. Nur so könne der Staat seine sozialen Verpflichtungen erfüllen, zu denen er bei den niedrigen Steuersätzen nicht in der Lage sei. Spielraum nach oben sehen sie vor allem bei den Einkommenssteuern, die durch progressive Staffelung bedeutend mehr Einnahmen aus hohen Privateinkünften erzielen könnten – und durch die höhere Belastung zu einer gerechten Umverteilung beitragen.

Durch ein progressives Steuersystem, das alle entsprechend ihrer Möglichkeiten beteiligen würde, könnte ein höherer Verpflichtungscharakter der Regierung gegenüber den Bürger/-innen erreicht werden.

3. Schuldenerlass und Rückzahlung von Vermögen

Neben der Rückgabe von unversteuertem Geld aus europäischen Steuerparadiesen stellen auch die angehäuften Reichtümer von Kleptokrat_innen und Diktatoren Finanzierungsmöglichkeiten dar. Die haben, oft mit Wissen und Billigung des Westens, ihr gestohlenen Geld „legal“ in Europa angelegt.

Die Bevölkerung bezahlt meist noch nach Jahrzehnten für den skrupellosen Raub ihrer politischen Elite. Mit Schulden gegenüber ausländischen Gläubigern haben weltweit Regierungen ihren Staatshaushalt mit frischem Geld versorgt. Diese Schulden werden bis heute von allen Bürger_innen des Landes bezahlt. Die Rückzahlung nimmt oft so viele staatliche Haushaltsmittel in Anspruch, dass kein Geld mehr für Sozialausgaben zur Verfügung steht.

In der Demokratischen Republik Kongo muss die Hälfte der Staatseinnahmen für den Schuldendienst ausgegeben werden.²¹ Das Geld aber haben die Eliten für privaten Luxus verwendet und in Steuerparadiesen in Europa versteckt. Das Bild der hochverschuldeten Entwicklungsländer, deren Staatshaushalte nur durch die großzügigen Kredite des globalen Nordens finanziert werden, steht damit auf dem Kopf. Schulden hat eigentlich der Norden. Das offensichtliche Problem dabei ist nur, dass Staatsschulden von der gesamten Bevölkerung getragen werden müssen, während die im Ausland liegenden illegitimen Vermögen nur der sehr kleinen Gruppe extrem Reicher zur Verfügung stehen.

Konten mit aus Straftaten stammenden Vermögen können in den meisten Staaten gesperrt werden. Noch werden diese illegitimen Reichtümer zu selten an die Bevölkerung zurückgeben, auch weil Gesetze dafür fehlen. Der von der Schweiz 2002 beschlagnahmte Teil des auf 300 Millionen Euro geschätzten Vermögens des

²⁰ www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Price_of_Offshore_Revisited_26072012.pdf

²¹ www.erlassjahr.de/die-schuldenkrise/laenderinfo/laender-von-a-bis-z/kongo-demokratische-republik.html

korrupten ehemaligen haitianischen Diktators Jean-Claude Duvalier wurde bis heute nicht dem Staat Haiti zurückgegeben. Dafür müssen entsprechende Regelungen in allen betroffenen Staaten umgesetzt werden. Und auch in den Fällen, in denen nicht der Großteil der Kreditmittel durch Korruption der Eliten verschwunden ist, kam das Geld oft nicht der Bevölkerung zugute. Auflagen der Geldgeber, allen voran des IWF, zwangen zur Umsetzung neoliberaler Strukturanpassungsmaßnahmen: Privatisierung, Deregulierung und Marktliberalisierung sind bis heute das Credo. Der Ausverkauf aller staatlichen Infrastruktur und die vollständige Auslieferung gegenüber den globalen Finanzmärkten brachten statt Entwicklung vielfach Perspektivlosigkeit und Abhängigkeit. Die Rückzahlung von Schulden, deren Vergabe an solche Konditionen geknüpft war, muss gestrichen werden. Im Süden sowie im Norden setzen sich bereits seit Jahren zahlreiche Bewegungen für diese Schritte ein.²²

Ausblick: Gerechte Besteuerung für das Menschenrecht auf Gesundheit

Die beste Sozial- und Wirtschaftspolitik besteht in einer solidarischen Umverteilung des Reichtums von oben nach unten – nicht nur in Europa, sondern weltweit. Ungleichheit lässt sich über eine gerechtere Besteuerung bekämpfen, um so Vermögen und Einkommen von Reichen für die Allgemeinheit zugänglich zu machen. Mit solchen verpflichtenden Mitteln könnten die nötigen Kosten für soziale Sicherungssysteme finanziert werden. Die Erfüllung der sozialen Determinanten von Gesundheit, wie menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen, sind Voraussetzung für ein gesünderes Leben²³. Daher fordert Anand Grover, UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Gesundheit, eine umfassende Steuerreform, um den Zugang zu Gesundheit für alle zu verwirklichen.

- i. Internationaler Steuerwettbewerb und niedrige Unternehmensbesteuerung darf die Ausgaben für Gesundheit nicht beeinträchtigen.
- ii. Die Einnahmen aus Sondersteuern und -abgaben werden am besten zweckgebunden zur Finanzierung des Gesundheitssystems verwendet.
- iii. Durch einen steuerfinanzierten, globalen Gesundheitsfonds bekommt die gerechte Umverteilung der Kosten für Gesundheit einen verpflichtenden Charakter²⁴.

Solange es das Armutsgefälle gibt, ist Gesundheit nur dann für alle zu erreichen, wenn die Wohlhabenden auch für die Gesundheitsbedürfnisse derjenigen einstehen, die weniger haben. Dieses Prinzip solidarischer Umverteilung gehört zu den großen Errungenschaften der Menschheitsgeschichte. Es trägt indigene Gesellschaften, es gehört zum Kern der katholischen Soziallehre und es ist Grundlage der aufgeklärten Idee des Gesellschaftsvertrages. Es kommt in genossenschaftlich betriebenen Dorfapotheken ebenso zum Ausdruck wie in steuerfinanzierten kommunalen Wasserwerken und gesetzlich geregelten Krankenversicherungen, die von progressiv gestaffelten Beitragszahlungen getragen werden. Umverteilen sorgt für soziale Kohäsion, ohne die weder Gesellschaftlichkeit noch auf Dauer menschliche Existenz denkbar sind.

Die Aktivist/-innen des Netzwerkes Section 27 setzen sich in Südafrika dafür ein, dass statt der Privatisierung des Gesundheitssystems ein steuerfinanziertes nationales Versicherungssystem für alle eingeführt wird²⁵. Über solche kollektiven Finanzierungsinstrumente kann das Recht auf Gesundheit unabhängig vom persönlichen Reichtum verwirklicht werden, weil die Kosten solidarisch zu größeren Teilen von den Reichen getragen werden. Im Krankheitsfall kann so den Armen nicht die Behandlung verweigert werden, weil sie sich die nötigen -Zahlungen nicht leisten können.

²² www.medico.de/material/rundschreiben/2000/04/globalisierung

²³ www.who.int/mediacentre/events/meetings/2013/uhc_who_worldbank_feb2013_background_document.pdf

²⁴ www.ohchr.org/EN/Issues/Health/Pages/AnnualReports.aspx

²⁵ www.medico.de/material/rundschreiben/2012/03/die-verfassung-ist-unser-backup-/

Ein nützliches Element dazu kann die Einrichtung eines internationalen Gesundheitsfonds sein, der nach einem solidarischen Prinzipien finanziert den weltweiten Zugang zu medizinischer Grundversorgung und Gesundheit ermöglicht²⁶. Die Mittel des Fonds sollten stets zweckgebunden für Sozialausgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Infrastruktur verwendet werden. So kommen die Mittel verpflichtend einer breiten Bevölkerungsmehrheit zugute und machen damit perspektivisch eine mildtätige Geberpolitik überflüssig. Umverteilen erfordert ein universelles Handeln, was mit Blick auf die globalisierten Verhältnisse heute nur noch im internationalen Rahmen und durch Schaffung neuer globaler Institutionen gelingt, die schließlich auch zwischen den Ländern für einen Ausgleich sorgen.

Umverteilen heißt mehr als Fairness

Natürlich lassen sich durch Steuerregelungen die ungerechten gesellschaftlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse des Kapitalismus nicht grundlegend verändern. Doch die negativen Effekte für die Allgemeinheit lassen sich durch eine permanente, kontrollierte Umverteilung von oben nach unten begrenzen. Steuerregelungen zur Erhöhung von Staatseinnahmen, die für Solidarausgaben notwendig sind, stellen daher trotz aller Begrenztheit ein erfolgsversprechendes Mittel dar. Neben der Frage nach den Eigentumsverhältnissen sollte in der Auseinandersetzung für eine gerechte globale Umverteilung immer auch mitgedacht werden, auf welcher sozial-ökologischen Grundlage dieser vorhandene Reichtum für die Menschen fruchtbar gemacht werden kann.

Wenn wir in der Kampagne Umfairteilen die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums fordern, verlangen wir mehr als Fairness. Wir fordern zugleich bewusste Entscheidungen für Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastruktur und gegen die Ideologie der Privatisierung und des Privateigentums. Das ist die Grundlage dafür, dass Menschen nicht in Armut und Krankheit verrecken müssen.

Sebastian Leierseder und Anne Jung, 10.5.2013

Weitere Infos unter:

www.medico.de/umverteilen

www.attac.de

www.umfairteilen.de